



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 8/14

### I. Die Woche im Parlament

#### 1. Haushaltswoche in Berlin!

Diese Woche stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition. Wir haben in der viertägigen Haushaltsdebatte wieder viele Zahlen gehört und wichtige Details diskutiert. Die wichtigste Botschaft der Woche ist: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Die Ausgaben des Bundes sollen in diesem Jahr 298,5 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem Vorjahr sinken sie also um 11,5 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent. Die „prioritären Maßnahmen“ des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind dabei bereits berücksichtigt, blähen den Haushalt also nicht auf. Und wir investieren: Durch Umschichtungen können wir die Städtebauförderung bei einem Programmvolumen von 700 Millionen Euro verstetigen, zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur von rund 500 Millionen Euro aufbringen sowie eine erste Tranche von 200 Millionen Euro für die vereinbarte zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid, ODA) auflegen. Die Nettoneuverschuldung sinkt um 15,6 auf 6,5 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. In dieser Summe ist noch die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Milliarden Euro enthalten.

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur neuen Ausgabe! Eine überaus spannende Woche vor Ostern liegt hinter mir!*

*Wie heißt es so schön: Übung macht den Meister! Auch diese Woche hielt ich eine Rede, diesmal zum Thema Bundeshaushalt 2014 - Einzelplan 11 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.*

*Eine unvorstellbare Summe von 122,3 Milliarden Euro, die dem größten Etat Arbeit und Soziales zugrunde liegt! Mit der Höhe des Etats wächst auch die Verantwortung, das Geld da einzusetzen, wo es notwendig und zielführend ist.*

*Der Gemeinderat Ühlingen-Birkendorf und die CDA-Mitglieder aus Südbaden, begleitet von meiner Mitarbeiterin, Valerie Hosp, haben diese Woche die Hauptstadt unsicher gemacht. Ein tolles Programm wartete auf die politisch interessierte Gruppe, mit vielen Highlights, wie z.B. das Gespräch mit Staatssekretär Karl-Josef-Laumann, und das Gespräch im Verkehrsministerium zum Thema Breitbandausbau im ländlichen Raum (S. 3).*

*Ich wünsche Ihnen allen frohe Ostern und ein paar erholsame, hoffentlich warme, Frühlingstage im Kreise Ihrer Lieben!*

*Ihre*

*Gabriele Schmidt*



## 2. Informationsgespräch zum Aufbau und Inhalt der Grundsicherung für Arbeitssuchende im SGB II – Modellprojekt „Bürgerarbeit“

Der Bund stellt in diesem Haushaltsjahr rund 31,5 Mrd. Euro für arbeitsmarktpolitische Leistungen zur Verfügung. Diese fließen fast ausschließlich in die Ausgaben für die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Nach dem Gespräch erläuterte die Abteilungsleiterin für Grundsicherung für Arbeitssuchende Frau Dr. Neifer-Porsch in einem Vieraugengespräch das **Modellprojekt „Bürgerarbeit“**, welches zum 31. Dezember 2014 ausläuft. Ein Nachfolgeprogramm ist bereits in Planung. Das Projekt wird aus **dem Bundeshaushalt (in diesem Jahr sind es 150 Millionen Euro) und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF)** finanziert und dient zur Integration arbeitsloser erwerbsfähiger Leistungsberechtigter mit Vermittlungshemmnissen. Insgesamt sind seit 2011 bundesweit 33.169 Bürgerarbeitsplätze bewilligt worden, **im Wahlkreis Waldshut werden derzeit 46 Plätze mit einem Gesamtvolumen von 1,4 Millionen (Bundesmittel + ESF-Mittel) gefördert**. In einem ausführlichen Telefonat erklärte mir der Geschäftsführer der AWO Kreisverband Waldshut e.V., Thomas Bomans, die Vorteile des Programms aus seiner Sicht. Die Erfahrungen mit diesem und anderen Sonderprogrammen zeigen, dass das Geld richtig eingesetzt wird.

## 3. Plenarrede zum Haushaltsplan Arbeit und Soziales



©Achim Melde/Deutscher Bundestag

Der größte Einzelplan wächst um 3,1 auf **122,3 Milliarden** Euro an. Die passiven Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen gegenüber dem ersten Regierungsentwurf um 1,15 auf 23,4 Milliarden Euro. Bei der Bundesagentur für Arbeit ergibt sich nach dem Haushaltsplan ein geringfügiger Überschuss. Für Projekte wie die Mütterrente reicht der aus Steuermitteln finanzierte Bundeszuschuss aus.

Die komplette Rede können Sie ab Montag auf meiner Webseite [www.gabriele-schmidt.eu](http://www.gabriele-schmidt.eu) nachlesen. Hier geht es direkt zum [Video](#)

## II. Sonstiges

### 1. Gemeinderat Ühlingen-Birkendorf und CDA Südbaden in Berlin!

Los ging die Fahrt für die Gruppe der politisch Interessierten mit der Bahn von Freiburg nach Berlin. Während ihres Besuches erlebten die bestens gelaunten Gäste ein abwechslungsreiches und spannendes Programm in Berlin. Eingeläutet wurde der Aufenthalt in der Hauptstadt mit der Besichtigung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Nach diesem für die Gäste sehr eindrücklichen Ausflug ging es zu einer Stärkung hoch hinauf auf den Fernsehturm am Alexanderplatz. Dort konnte ein atemberaubender Panoramablick über Berlin genossen werden. Angekommen im Deutschen Bundestag wurde die Gruppe von mir in

Empfang genommen. Nach dem Gespräch verfolgten die politisch Interessierten von der Besuchertribüne die Haushaltsdebatte im Plenum, wo ich eine Rede zum Haushaltsetat Arbeit und Soziales hielt. Großes Interesse fand auch das Gespräch mit dem Staatssekretär Karl-Josef Laumann. Nach einem kurzen Fotoshooting ging es noch einmal hoch hinauf auf die Kuppel des Reichstagsgebäudes. Auch von ein paar grauen Wolken konnte die gute Stimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht getrübt werden. Sie erkundeten die Stadtteile Ber-



lins und machten einen Streifzug durch eine Erlebnisausstellung über die Geschichte der Hauptstadt. Ein von mir im Verkehrsministerium organisiertes Gespräch hatte den **Breitbandausbau im ländlichen Raum** zum Inhalt.



Tobias Gantert, Bürgermeister der Gemeinde Ühlingen-Birkendorf sowie die Gemeinderäte nutzten die Gelegenheit, um Fragen an das Referat zum Thema Breitbandausbau im ländlichen Raum und Finanzierung zu stellen.

Regionen, die nicht mindestens eine Daten-Geschwindigkeit von 2 Mbit/s haben, sollen so schnell wie möglich erschlossen werden. Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben. Wie genau das Vorhaben in die Tat umgesetzt werden soll, bleibt auch nach dem Gespräch nicht geklärt. Achtzehn Prozent des ländlichen Raums sind momentan ohne Breitbandversorgung. Dem Bund fehlen etwa 90 Mrd. Euro, um einen flächendeckenden Ausbau mit FTTH (Glasfaserkabel) umzusetzen. Ein Technologiemix soll die Lösung bringen. Doch auch das stellt die Gemeinde vor kaum überbrückbare Schwierigkeiten. Meine Unterstützung bei der Lösung dieses Problems hat die Gemeinde sicher. Dies gilt selbstverständlich für alle Gemeinden im Wahlkreis.

Abgerundet wurde die spannende Zeit in Berlin mit einem entspannten Spaziergang über den Kurfürstendamm, bevor es mit dem Zug und vielen tollen Eindrücken zurück nach Süddeutschland ging.



## 2. Jurastudentin geht ihren Weg

Lena Malzacher aus Brenden wurde bereits vor vier Wochen in der Ausgabe 6/14 kurz vorgestellt. Nun ist das Praktikum zu Ende. Lesen Sie Lenas Praktikumsbericht hier:

Herzlich wurde ich zu Beginn meines Praktikums von Frau Schmidt und ihren Mitarbeiterinnen empfangen. Während meines Praktikums konnte ich sowohl den Arbeitsalltag der Abgeordneten als auch die Abläufe während einer Sitzungswoche sowie das Geschehen einer sitzungsfreien Woche miterleben. Die einzelnen Tage gestalteten sich sehr unterschiedlich und abwechslungsreich. In den Sitzungswochen begleitete ich Frau Schmidt in die Arbeitsgruppen- und die Ausschusssitzung für Arbeit und Soziales sowie zu Sitzungen des Verkehrsausschusses. Im Plenum konnte ich eine Rede von Frau Schmidt live miterleben.



Interessant waren für mich insbesondere der Besuch einer öffentlichen Anhörung und Beratungen zu Gesetzesentwürfen. So konnte ich sehen, wie das im Studium Gelernte in der Praxis umgesetzt wird. Bei Diskussionen mit einer Schulklasse und einer Besuchergruppe aus dem Wahlkreis durfte ich ebenfalls dabei sein. Auch im Büro von Frau Schmidt konnte ich aktiv mitarbeiten. Meine Aufgabenfelder umfassten die Beantwortung von Bürgeranfragen, Recherchen zu bildungspolitischen Themen und Zusammenfassen von Themenkomplexen.

Im Rahmen des CDU/CSU Praktikantenprogrammes konnte ich an weiteren spannenden Veranstaltungen teilnehmen. Auf dem Programm standen Führungen durch den Bundestag, Besuch von Ausstellungen, des Verteidigungsministeriums und verschiedene Diskussionsrunden mit den Politikern der CDU/CSU Fraktion. Diese standen den Praktikanten sowohl zu aktuellen politischen als auch persönlichen Fragen Rede und Antwort. Spannend war auch der Besuch und somit ein Blick hinter die Kulissen einiger Politikfernsehsendungen.

Durch die freundliche und hilfsbereite Art von Frau Schmidt und ihren Mitarbeiterinnen konnte ich eine erfolgreiche Praktikumszeit im Bundestag verbringen, einen guten Einblick in die Tätigkeiten von Abgeordneten bekommen, das politische Leben Berlins und viele interessante Persönlichkeiten kennenlernen.

